

Sonntags Nie

Die Stadt verliert einen Prozess nach dem anderen. Trotzdem hält sie an den Sonntagsöffnungen fest. Falsch sagt DIE LINKE. **S.2**

Erhöhung droht

Die Stadt will ihre Abwasserkanäle verkaufen. Dabei muss das Kanalnetz eigentlich jetzt zukunftssicher gemacht werden. **S.3**

Armut? Ohne uns!

Jeder fünfte Düsseldorfer gilt als arm. Aber nichts Genaues weiß man nicht. Die LINKE fordert schon lange einen Armutsbericht. **S.5**

(Un)sicheres Land

DIE LINKE forderte die Stadt auf, sich für einen Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen. Dies führte zu einigen Diskussionen. **S.7**

Die Miete muss runter



Foto: DIE LINKE NRW

Wohnungen fertiggestellt oder doch nur genehmigt?

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat ein Gutachten angefertigt, in dem es den Zuzug in deutsche Großstädte und die daraus resultierende Wohnungsnachfrage untersucht hat. Für Düsseldorf kommt es darin zu dem Schluss, dass bis 2020 mindestens 3.910 Wohnungen pro Jahr neu gebaut werden müssen, um den Bedarf zu decken.

Eine Aussage des Oberbürgermeisters im letzten Kommunalwahlkampf war, dass er dafür sorgen wird, dass in jedem Jahr 3.000 Wohnungen in Düsseldorf neu entstehen. Dieses Ziel entspricht nicht einmal dem vom Institut festgestellten Bedarf. Außerdem ist dabei noch nicht berücksichtigt, dass jedes Jahr auch Wohnraum verloren geht, weil Gebäude abgerissen werden, um Neubau Platz zu machen.

Deshalb haben wir im Wohnungsausschuss die Anfrage gestellt, wie die Verwaltung auf den Bedarf von 3.910 Wohnungen pro Jahr reagiert. Wir wollten auch wissen, wie viele Wohnungen in den letzten drei Jahren tatsächlich fertig gestellt wurden und wie viele Wohnungen im gleichen Zeitraum weggefallen sind.

Seit der Kommunalwahl brüstet sich die Verwaltung, dass die Zahl der Wohnungen, für die Baugenehmigungen erteilt

wurden, nicht mehr weit von den angekündigten 3.000 entfernt sei. Genehmigte Wohnungen bedeuten aber noch keine fertiggestellten. Denn nicht alle Baugenehmigungen werden auch umgesetzt und zwischen der Genehmigung und dem Bau liegen Jahre. Das geht auch aus der Antwort der Verwaltung hervor. Z. B. wurden im Jahr 2014 2.486 Wohnungen genehmigt, aber nur 1.592 tatsächlich fertiggestellt. 2016 wurden 2.511 Wohnungen genehmigt und es ist davon auszugehen, dass diese frühestens 2018 fertig gebaut sind.

Wie viele Wohnungen im gleichen Zeitraum wegfielen, konnte die Verwaltung nicht sagen, da dieses „statistisch nicht ausgewertet wird“.

Für die Verwaltung ist „es erklärtes Ziel, pro Jahr neues Baurecht für 3.000 Wohnungen zu schaffen“. Auch diese Aussage muss kritisch bewertet werden, da Baurecht heißt, dass entsprechende Bauungspläne verabschiedet werden. Danach können erst Baugenehmigungen erteilt werden und erst danach wird gebaut. Hier kann man mit drei bis vier Jahren rechnen, bis solche Wohnungen fertiggestellt sind. Baurecht existiert zurzeit nur für 1.700 bis 2.700 Wohnungen.

Wir sind also noch meilenweit davon

entfernt, dass in den nächsten Jahren der Bau von Wohnungen den Bedarf decken wird. Das heißt, aufgrund der hohen und noch steigenden Nachfrage wird das Mietniveau in Düsseldorf hoch bleiben.

Ein Mittel, für ein größeres Angebot zu sorgen, wäre es, gegen den Leerstand von Wohnungen vorzugehen. Über 10.000 Wohnungen stehen in Düsseldorf länger als drei Monate leer. Auf eine weitere Anfrage im Wohnungsausschuss antwortete die Verwaltung, dass „es keine rechtliche Möglichkeit gibt, Hauseigentümer frei finanzierter Wohnungen zur Meldung von Wohnungsleerstand zu verpflichten“.

Noch weniger Möglichkeiten gibt es zurzeit, Hauseigentümer zu verpflichten, ihre leerstehenden Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen. Hier könnte eine Leerstandsverordnung, wie sie in vielen Kommunen bereits erlassen wurde und von der LINKEN auch für Düsseldorf seit Jahren gefordert wird, Abhilfe schaffen. Mit einer solchen Verordnung werden Hausbesitzer mit Strafzahlungen belegt, wenn sie ungerechtfertigt Wohnungen leer stehen lassen. Bisher wurden entsprechende Anträge unserer Fraktion von allen anderen Fraktionen im Rat abgelehnt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Düsseldorfer Stadtrat hat 81 Mitglieder, vier davon gehören der Ratsfraktion DIE LINKE an. Trotz der geringen Zahl hat die Fraktion es geschafft, immer wieder Themen zu platzieren, die von den anderen Fraktionen nicht aufgegriffen wurden. Dabei orientiert sich DIE LINKE an den Bedürfnissen und Wünschen der Einwohnerinnen und Einwohner. Oftmals werden wir von Bürgerinitiativen oder Organisationen aufgefordert, in ihrem Sinn tätig zu werden.

Immer häufiger werden im Rat, in den Fachausschüssen oder auch in Bezirksvertretungen Anträgen der LINKEN zugestimmt, da es entsprechenden Druck aus der Bürgerschaft oder den Medien gibt. Aber auch wenn Anträge mehrheitlich abgelehnt werden, sind viele Anregungen erfolgreich. Über Änderungsanträge, die den LINKEN-Antrag nur marginal verändern, finden sie eine Mehrheit. Belieb ist es auch, Anträge abzulehnen und auf einer späteren Sitzung als Antrag einer anderen Fraktion wieder einzubringen, der dann eine Mehrheit findet.

Zur Halbzeit der Wahlperiode haben wir eine Bilanz gezogen und unter dem Titel „LINKS WIRKT“ eine Broschüre herausgegeben, die eine kleine Auswahl von erfolgreichen Initiativen der Ratsfraktion wiedergibt. Sie können die Broschüre von unserer Homepage runterladen oder sich ein gedrucktes Exemplar an einem Info-Stand der LINKEN in ihrem Stadtviertel abholen. Viel Spaß beim Lesen Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

35.474 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,8%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2017 bei 24.936 (offizielle Arbeitslosenquote 7,7%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.474 um 10.538 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.056 freie Arbeitsstellen im März gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Büchereiausweise in die Schultüte

Der Grundstein für das Erkennen von Buchstaben wird in der Grundschule gelegt. Um bei Kindern die Begeisterung für das Lesen zu wecken, sollte ihnen daher möglichst frühzeitig ein umfangreicher Zugang zu spannenden, lustigen und interessanten Büchern gegeben werden. Im Düsseldorfer Schulausschuss setzte sich die Ratsfraktion DIE LINKE mit der Forderung durch, jedem Kind zum Schulbeginn einen Büchereiausweis für die Stadtbüchereien zu überreichen. Durch die aktive Verteilung der Büchereiausweise werden die Kinder zukünftig bereits im ersten Schuljahr zum Lesen animiert.

Zankapfel Sonntagsöffnungen

Stadtrat will aus einer Niederlage vor Gericht gegen ver.di nichts lernen

Shoppern am Sonntag bedeutet unterm Strich mehr Gewinn für große Kaufhäuser und mehr Stress für kleine Läden. Die Zeche zahlen aber immer Verkäuferinnen und Verkäufer; sie haben schlicht einen Arbeitstag anstelle eines Sonntags mit der Familie. Darum führt die Gewerkschaft ver.di gerade erfolgreich dutzendfach Klage gegen Sonntagsöffnungen in NRW-Städten.

Im März 2017 kippte das Verwaltungsgericht erstmals eine Genehmigung des SPD-geführten Düsseldorfer Stadtrats für einen verkaufsoffenen Sonntag am 2. April. Das Gericht sah die Voraussetzungen für eine Freigabe nicht erfüllt.

Ver.di erklärte dazu: „Die zeitgleichen Messen ‚Beauty‘ und ‚Top Hair‘ hätten mehr Menschen nach Düsseldorf ziehen müssen als die Sonntagsöffnung selbst. Eine Sonntagöffnung zur reinen Geschäftsbelegung, auf Kosten der Angestellten, ist nicht erlaubt.“

Pikant: Dasselbe trifft auch auf die sieben übrigen verkaufsoffenen Sonntage zu, welche der Düsseldorfer Stadt-

rat für das Jahr 2017 beschlossen hat. Ein Punkt, an dem DIE LINKE Ratsfraktion ansetzte, die seit Jahren gegen die Mehrheit im Rat für das Recht von Verkäuferinnen und Verkäufern auf ein freies Wochenende streitet. Auf der Sitzung des Stadtrats am 6. April machte LINKEN-Fraktionssprecher Lutz Pfundner den anderen Parteien im Stadtrat die Lage recht einfach deutlich:

„Wenn der Stadtrat seinen falschen Beschluss nicht einkassiert, in diesem Jahr acht Sonntagsöffnungen zuzulassen, dann wird ver.di erneut klagen. Dann wird eben das Gericht den Ratsbeschluss kassieren.“

Die SPD und ihre Koalitionspartner lehnten trotzdem den entsprechenden



Der Sonntag für die Familie

Foto: (CC BY 2.0) Kanton Glarus

Antrag der LINKEN ab. Städte wie Münster, Wuppertal und Oberhausen hatten zuvor sämtliche Verfahren gegen die Gewerkschaft ver.di verloren. Die Stadt Köln zog daraufhin ihre Genehmigungen für alle Sonntagsöffnungen schon kurz nach der Verfahrenseröffnung zurück.

Lutz Pfundner: „Die Stadt blamiert sich mit ihrer beschäftigtenfeindlichen Haltung doch bis auf die Knochen. Für wen macht sie Politik?“

Das Schmücken mit fremden Federn

Wie es die SPD so gerne tut



Endlich umgesetzt

Fotos: R(h)einblick

Mehrmals haben wir im R(h)einblick über die Umbenennung der Hans-Günther-Sohl-Straße in Luise-Rainer-Straße berichtet.

Der erste Antrag zur Umbenennung wurde von der LINKEN in der Bezirksvertretung Flingern/Düsseltal im September 2015 eingebracht. Nach einem Gutachten der Mahn- und Gedenkstätte, der erneuten Antragsstellung der LINKEN im September 2016 und der Bestätigung durch den Rat im Dezember 2016 war es endlich am 11. März soweit. Eine kleine Feier wurde veranstaltet, das neue Straßenschild enthüllt.

Die Bürgermeisterin Zepuntke (SPD) und der Bezirksbürgermeister Wagner (SPD) grinsten für die Presse und ließen sich für etwas feiern, was sie nicht zu verantworten hatten. Der Investor der Wohnungen im neuen Thyssen Center hatte eine Kneipe mit Bühne einge-

richtet, eine Band bestellt und gab zur Feier des Tages alkoholfreie Getränke aus. Eine willkommene Reklame für die Vermarktung seiner Wohnungen. Somit posierte auch er bereitwillig vor den Kameras, als ob er irgendetwas mit der Umbenennung zu tun

hätte.

Nach der Enthüllung des Straßenschildes und vielem Lächeln vor vielen Kameras ging es auf die Bühne. Die Bürgermeisterin „war ja so glücklich“, dass eine Straße nach Luise Rainer benannt wurde, sie als „Flingerner Mädchen“ habe das sozusagen schon immer gewollt. Der Bezirksbürgermeister erzählte stolz die Geschichte der Umbenennung. Nicht mit einem Wort wurde erwähnt, dass Hans-Günther Sohl ein Nazi war. Auch nicht, dass CDU und FDP bis zum Schluss die Umbenennung ablehnten und dass die SPD anfangs sehr skeptisch war.

Kein Wort darüber, dass dies eine Initiative der LINKEN war. Stattdessen ließen sich die SPD-Herrschaften feiern und loben, welche wunderbare Tat sie vollbracht hätten.

Das Wichtigste ist sicher, dass der Name einer Nazi-Größe aus dem Düsseldorfer Straßenschild verschwunden ist und eine Düsseldorfer Schauspielerin endlich gewürdigt wurde. Dass die SPD sich jedoch mal wieder für etwas feiern lässt, was sie in keinsten Weise initiiert oder zu verantworten hat, dass dem Investor eine weitere Gelegenheit gegeben wurde, seine Wohnungen zu vermarkten, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Konsequenterweise war wenigstens niemand von der CDU und FDP anwesend.



Und jetzt bitte alle für die Kamera lächeln

Verkauf des Kanalnetzes

Die Gebühren werden drastisch steigen

Das Kanalnetz in Düsseldorf ist etwa 1.550 Kilometer lang und teilweise über 100 Jahre alt. In einer Antwort der Stadtverwaltung zu einer Anfrage der LINKEN im Bauausschuss zum Zustand des Kanalnetzes geht die Stadtverwaltung von einem guten Zustand des Kanalnetzes aus. Das steht im Widerspruch zu den Angaben von MitarbeiterInnen des Stadtentwässerungsbetriebes. In den letzten Jahren wurden die Kanäle überwiegend repariert anstatt grundlegend instandgesetzt oder erneuert. Aus den Unterlagen geht hervor, dass in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen notwendig werden. Damit verbunden sind befürchtete massive Gebührenerhöhungen, die die EinwohnerInnen Düsseldorfs tragen müssen, denn der Stadtentwässerungsbetrieb muss seine Kernaufgaben über Gebühren finanzieren. Schon jetzt ist der Stadtentwässerungsbetrieb aber überschuldet. Der aktuelle Schuldenstand gegenüber Kreditinstituten betrug zum 31.12.2016 ca. 219 Mio. Euro. Weitere 42,8 Mio. Euro hat der Stadtentwässerungsbetrieb Schulden bei der Stadt. Bis zum Jahr 2020 wird geschätzt, dass der Schuldenstand auf 425 Millionen Euro ansteigt. Dann ist auch das Eigenkapital aufgebraucht. Folge wird sein, dass es spätestens



Der Einstieg in die Unterwelt

Foto: © R(h)einblick

dann zu massiven Gebührenerhöhungen kommen wird. Noch dramatischer wird die Lage, wenn die Stadt an ihren Plänen festhält, das Kanalnetz für 300 bis 400 Millionen Euro an den Stadtentwässerungsbetrieb zu verkaufen, dann können die Kosten nur noch aus Gebühren finanziert werden.

Zu der schon dramatischen finanziellen Situation kommt die Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen hinzu. Jährlich fallen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre etwa 25.000 Überstunden an, wie aus der Antwort hervorgeht. Anders als in anderen städtischen Bereichen müssen die Arbeiten am Ka-

nalnetz bei Reparaturen etc. sofort getätigt werden. Der Arbeitsdruck ist in den letzten Jahren erheblich zu Lasten der Angestellten gestiegen. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren eine Vielzahl der Angestellten in Rente gehen wird. Die Stadt unternimmt aber nur halbherzige Aktivitäten, um die Arbeitssituation zu verbessern. Es gibt kein tragfähiges Konzept, um die Überstundenanzahl zu senken. Die Pläne um neue Angestellte und eine wirklich ausreichende Anzahl von Auszubildenden einzustellen sind ungenügend. Die Folgen dieser Sparpolitik werden wir in Zukunft alle tragen müssen.

Widerspruchsrecht nutzen

Kein Werben fürs Sterben

Den ganzen Briefkasten mal wieder voller Werbung? Und dann auch noch an die eigene Adresse gerichtet? Da fragt man sich schon, wo haben die eigentlich meine Adresse her?

Es gibt regelrechte Adressdealer, die beständig nach Adressdaten suchen und diese auch ankaufen. Erste Adresse für den Adressankauf sind die kommunalen Meldeämter. Auch die Stadt Düsseldorf verkauft Daten der Einwohnerinnen und Einwohner. Jedes Jahr kommen so um die 300.000 Euro Einnahmen zusammen. Werbung von Firmen ist lästig, ärgerlich wird es jedoch wenn ungewünschte Werbung beispielsweise von Parteien in den Briefkästen landen. Denn auch Parteien dürfen die Adressdaten von kommunalen Meldeämtern nutzen. DIE LINKE nutzt diese Möglichkeit im übrigen nicht. Sie ist der Meinung, dass die eigenen Daten nicht in fremde Hände gehören und dass dieser Adressverkauf unterbunden werden muss.

Der Weitergabe der eigenen Adress-



Keine Lust mehr auf Werbung? Foto: ©Can Stock/Germano_Poli

daten kann man widersprechen. Das ist jedoch vielen gar nicht bekannt und auch das Widerspruchformular auf den städtischen Seiten ist nur schwer zu finden. Das muss anders werden, fordert DIE LINKE. Die Möglichkeit des Widerspruchs gegen die Datenweitergabe muss bekannter gemacht werden. Deshalb hat die Ratsfraktion DIE LINKE

solch einen Antrag im Rat gestellt. Insbesondere, weil auch die Bundeswehr diesen Service nutzt.

Die Bundeswehr ist mehr denn je auf Kanonenfutter angewiesen und betreibt eine massive Werbekampagne unter Jugendlichen. Im Jahr 2014 wurden 8.100 Propagandaveranstaltungen vor fast 140.000 SchülerInnen, sowie Tausende weitere Veranstaltungen vor Jugendlichen gehalten. Insgesamt gab die Bundeswehr dafür 29,9 Millionen für „Nachwuchswerbung“ im Klassenraum aus. Ergebnis ist, dass immer mehr unter 18-jährige bei der Bundeswehr tätig sind. Momentan sind dies etwa sieben Prozent aller RekrutInnen, insgesamt etwa 1.500 Jugendliche.

Deshalb ist es ein Erfolg der LINKEN, dass die Stadtverwaltung aufgrund des Antrages nun alle Jugendlichen mit Erreichen des 16. Lebensjahres anschreibt und über die Möglichkeit des Widerspruchs gegen die Datenweitergabe informiert sowie das Widerspruchformular gleich beilegt.

Repression gegen Obdachlose

Der städtische Ordnungs- und Servicedienst (OSD) ist bekannt für sein repressives Vorgehen gegen Menschen, die nicht in das schicke Stadtbild passen. In letzter Zeit wurden wieder vermehrt negative Vorfälle öffentlich. Die Obdachlosenorganisation fifty-fifty berichtete von Fällen, in denen unverhältnismäßig gegen Obdachlose vorgegangen wurde.

Konkret heißt das: Einem fifty-fifty-Verkäufer wurden Einnahmen aus dem Zeitungsverkauf abgenommen, nur weil er auf seiner Tasche gesessen hatte. Anderen Obdachlosen sind durch die städtischen Mitarbeiter ihre Handys weggenommen worden, da sie verhängte Bußgelder nicht sofort bezahlen konnten. Handys sind jedoch gerade für Obdachlose wichtig, um Kontakte zu halten und auch, um gegebenenfalls Hilfe zu rufen.

Aufgrund dieser Vorfälle fragte DIE LINKE im städtischen Ordnungsausschuss genauer nach. Die Antwort war inakzeptabel: Der OSD zieht durchschnittlich 100 Mal im Jahr Wertgegenstände von Obdachlosen ein. In den meisten Fällen dürfte es sich um Handys handeln. Wir halten das Vorgehen für rechtswidrig. Fifty-fifty hat bereits angekündigt, gegen diese Praxis zu klagen.

Eigene Fahrspuren für Busse

Die neue Strategie der Rheinbahn sieht ein starkes Wachstum vor. In den nächsten fünf Jahren sollen 26 Millionen neue Fahrgäste gewonnen werden. Hierzu ist unter anderem der verstärkte Einsatz von Schnellbussen geplant.

Ein Problem bei dem Ausbau des Busnetzes ist jedoch, dass in der Hauptverkehrszeit bereits heute häufig Busse mit den Autos im Stau stehen. In anderen Städten wird durch eigene Fahrspuren für Busse, sogenannten Bussonderfahrstreifen, die Situation deutlich verbessert. Die Busse kommen hierdurch erheblich schneller voran. Durch eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im städtischen Verkehrsausschuss kam heraus, dass es in Düsseldorf nur sehr wenige Bussonderfahrstreifen gibt – alle zusammen sind nicht einmal drei Kilometer lang. DIE LINKE wird sich für die verstärkte Einrichtung von eigenen Fahrspuren für Busse und einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen.

Tadel für das Schulverwaltungsamt

An den Düsseldorfer Schulen gibt es 186 Schulsekretärinnen. Sie sind nicht nur die wichtigsten Unterstützerinnen der Schulleitung, sondern auch die ersten Ansprechpartnerinnen für Eltern und Kinder. Schulsekretärinnen nehmen eine Schlüsselposition im Schulbetrieb ein: Chefsekretärin, Budgetverwalterin, Organisatorin und Ansprechpartnerin für alle Belange. In ihrem Verdienst spiegeln sich die geforderten Mehrfachkompetenzen allerdings nicht wider: Schulsekretärinnen sind häufig prekär beschäftigt, ihren Lebensunterhalt können sie kaum bestreiten. DIE LINKE thematisierte die Probleme im städtischen Schulausschuss. Durch eine Anfrage unserer Fraktion wurde öffentlich, dass neben Arbeitsverträgen mit nur sehr geringem Stundenumfang, Sekretariate zum Teil gänzlich unbesetzt sind. Derzeit sind an fünf Düsseldorfer Schulen überhaupt keine Schulsekretärinnen fest beschäftigt. Hinzu kommt, dass die Stadt 13 Vollzeitstellen streichen will.

Gewalt gegen Obdachlose

Mehrere besonders grausame Gewalttaten gegen Obdachlose wurden in letzter Zeit öffentlich – manche der Opfer wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Anfang des Jahres ist eine Statistik über solche Gewalttaten erschienen. Das Ergebnis ist erschreckend: Gewalt gegen Obdachlose ist ein alltägliches Problem, im vergangenen Jahr gab es in Deutschland mindestens 17 Todesfälle. Weiterhin sind wenigstens 128 Fälle von Körperverletzung, Vergewaltigung, Raubüberfällen und bewaffneten Drohungen bekannt. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Seit Jahren kommt es zu solchen Taten, seit 1989 gab es mindestens 502 Todesfälle in Deutschland. Bei den Taten spielen häufig menschenverachtende und rechtsextreme Motive eine zentrale Rolle. DIE LINKE stellte hierzu eine Anfrage im Stadtrat. Demnach wurde in Düsseldorf 2016 ein Obdachloser totgeschlagen. Zwischen 2014 und 2016 gab es fünf bis sieben gefährliche oder schwere Körperverletzungen pro Jahr. Gewalttaten in städtischen Einrichtungen werden statistisch nicht ausgewertet.

Wir fordern die Frauenförderung

Frauenförderpreis für Düsseldorferinnen

Die Stadt Düsseldorf verleiht in unterschiedlichen Bereichen Förderpreise. Einen städtischen Frauenförderpreis gibt es allerdings noch nicht. Aus Sicht der LINKEN gehört zur Strategie einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene auch, Frauen und Frauenorganisationen, die sich mit der Situation von Frauen und ihren Lebensbedingungen auseinandersetzen, zu fördern. Diese Frauen tragen dazu bei, dass neue Denkmuster und Handlungsformen beispielsweise in Kultur, Politik und im ehrenamtlichen Bereich überhaupt erst entstehen können.

Andere Städte machen vor, wie die Umsetzung eines Frauenförderpreises erfolgen kann. In Nürnberg gibt es bereits seit 1990 einen Frauenförderpreis. Die Preisträgerinnen im Jahr 2016 waren die Fachberatungsstelle für Opfer von Frauenhandel „Jadwiga Nürnberg“ und die Prostituierten-selbsthilfe „Kassandra e.V.“

DIE LINKE beantragte im Ausschuss für Gleichstellung die Einrichtung eines solchen Preises, welcher zukünftig im Rahmen des städtischen Programms zum Internationalen Frauentag verliehen werden soll. Doch im Düsseldorfer Gleichstellungsausschuss ist es gar

nicht so einfach, sich mit dem beantragten Frauenförderpreis durchzusetzen. Wobei dieser längst hinfällig ist und ein Zeichen der Wertschätzung setzen würde. Die Reaktionen der anderen Parteien diesbezüglich sind nicht nachvollziehbar. Die SPD hat Beratungsbedarf angemeldet. Daher kam es erst gar nicht zu einer Abstimmung unseres Antrags.

Bei städtischen Projekten, in denen es darum geht, prestigeträchtige Bauten auf den Weg zu bringen oder

millionenschwere Fehlentscheidungen zu treffen, sind die anderen Parteien immer sehr entscheidungsfreudig und handeln in Windeseile. Bei einem Förderpreis, der das Engagement von Frauen würdigen soll, nicht.

DIE LINKE wird den Antrag in der kommenden Sitzung des Gleichstellungsausschusses aufrechterhalten und sich weiterhin dafür einsetzen, dass Düsseldorf einen städtischen Frauenförderpreis bekommt. Über das Ergebnis werden wir berichten.



Gesonderte Parkplätze reichen nicht

Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/Jens Schott Knudsen

Frauen. Flüchtlingshilfe. Wirklichkeit.

Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Düsseldorf



Lebhafte und spannende Berichte

Foto: R(h)einblick

Im Rahmen des diesjährigen Internationalen Frauentags führten der Kreisverband und die Ratsfraktion DIE LINKE eine Veranstaltung mit ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen in Düsseldorf durch. Die Flüchtlingshelferinnen schilderten ihre Erlebnisse, sprachen über ihre Beweggründe und gaben Einblicke in alltägliche Situationen.

Zwei Flüchtlingshelferinnen aus dem Düsseldorfer Süden berichteten in einer Diskussion mit Angelika Kraft-Dlangamanda, Fraktionssprecherin der LIN-

KEN im Stadtrat, über die Probleme, die sich aus der aktuellen Flüchtlingspolitik ergeben. Ihre Forderung: „Es geht nicht so weiter, dass die Stadt sich aus der Verantwortung für die Geflüchteten zurückzieht und sich auf dem Rücken der Ehrenamtlichen ausruht. Eine Fachkraft für 200 Flüchtlinge, das ist einfach zu wenig. Die Stadt muss den Betreuungsschlüssel endlich erhöhen.“

Danach hielt die Düsseldorfer Menschenrechtsanwältin, Gülşen Çelebi, einen politischen und menschlichen Be-

richt von jenen, die es nach Europa geschafft haben und deren Leidensweg in Griechenland nicht zu Ende ist. Gülşen Çelebi schilderte Situationen, die ihr Helferteam vor Ort in Griechenland erlebt hat. Ihre Wahrnehmung: „Es gibt Vorzeigelager für die Medien mit einer schönen Scheinwirklichkeit. Die Mehrheit der Flüchtlinge wird in Militärcamps wie Tiere gehalten oder lebt auf der Straße. Sie sind auf die Solidarität freiwilliger Helferinnen und Helfer angewiesen.“ Es folgte ein persönlicher Bericht einer 17-jährigen Schülerin. Politisiert durch die Proteste gegen die Rassisten der Dügida, wollte sie ein Zeichen für ein offenes und menschliches Düsseldorf setzen. Sie arbeitet mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zusammen und unterstützt sie beim Lernen. Ihr Eindruck: „Ich kann endlich nachvollziehen, was Deutsch für eine schwierige Sprache ist. Die Chancenungleichheit zwischen gleichaltrigen Geflüchteten und mir beschäftigt mich sehr.“

Unser Fazit: Ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen erfahren zwar Freude und Dankbarkeit, aber auch viel persönliches Leid. Sie springen oftmals dort ein, wo die Stadt versagt. Mehr finanzielle Mittel und eine größere Wertschätzung sind dringend erforderlich.

Mehr Farbe ins Stadtbild

DIE LINKE fordert Freiräume für die Kunst

Die einst öffentlich weit verbreitete Meinung, Graffiti im Stadtbild sei das Ergebnis willkürlicher Schmierereien, ist längst überholt. Graffiti hat sich mittlerweile als anerkannte Kunststrichung etabliert. In Düsseldorf hat diese Szene eine lange Tradition. Einer der berühmtesten Graffiti-Künstler ist Harald Naegeli, der als illegaler „Sprayer von Zürich“ zu einer neunmonatigen Haftstrafe in der Schweiz wegen Sachbeschädigung verurteilt wurde und seit den 80ern in Düsseldorf lebt.

Während eine breite Mehrheit der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer mittlerweile Graffiti positiv wahrnimmt und nicht zu Schmierereien degradiert, tut sich die Politik schwer damit, dieser Kunstform Freiräume zu geben.

Daher fragte DIE LINKE im Kulturausschuss nach, wie es denn um die Graffiti-Kunst in Düsseldorf aktuell bestellt ist. Die Antwort der Verwaltung ergab, dass es in unserer Stadt nur eine einzige legale Graffiti-Fläche gibt, auf welcher sich Sprayerinnen und Sprayer entfalten können: Die „Hall of Fame“ an der Unterführung des S-Bahnhofs Eller. Betreut wird das Projekt von dem Verein „Verbunt-Jugendkunst“. Obwohl Bedarf besteht, hat die Stadt nicht vor, weitere legale Flächen in Düsseldorf



Mehr Flächen für Graffiti

Foto: © R(h)einblick

freizugeben. Ein bedauernswerter Zustand. Aus Sicht der LINKEN müssen mehr legale Graffiti-Flächen bereitgestellt und die Integration künstlerischen Potentials vorangetrieben werden.

Auch ist der Umgang mit den Künstlerinnen und Künstlern, die diese legale Fläche nutzen, skandalös. Der Verein „Verbunt-Jugendkunst“ berichtet, dass an der legalen Fläche mehrere Sprayer von Polizeikontrollen betroffen waren. Dabei sind die Personalien aufgenom-

men und die Bilder fotografiert worden. Das verdeutlicht, dass die Kriminalisierung der Künstlerinnen und Künstler nicht mal vor legalen Flächen halt macht. Impliziert wird dadurch nur, dass legale Kunstverwirklichung von der Polizei weiterhin in eine Schmutzdecke gedrängt wird.

Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert einen Ausbau der legalen Flächen und ein Ende der Kontrollen durch die Polizei an der „Hall of Fame“.

Jeder fünfte Düsseldorfer ist arm

DIE LINKE beantragt kommunalen Armutsbericht

Im Laufe dieses Jahres wurden mehrere Berichte mit neuen Daten zur Vermögensverteilung veröffentlicht. Ganz gleich, ob die weltweite Verteilung oder die Situation in Deutschland analysiert wurde, die Ergebnisse waren jedes Mal dieselben: Die Schere zwischen Arm

und Reich geht immer weiter auseinander.

Laut Oxfam besitzen mittlerweile die acht reichsten Milliardäre mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In Deutschland müssen fast 13 Millionen Menschen

in Armut leben. Davon sind besonders Alleinerziehende, Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner betroffen. Selbst die Bundesregierung räumt in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht die problematische Entwicklung ein.

Auch in Düsseldorf spitzt sich die Situation weiter zu. Auf der einen Seite gibt es mehrere Hundert Einkommensmillionäre, auf der anderen Seite ist über ein Fünftel der Menschen arm. Wie die Lage in unserer Stadt allerdings genau aussieht, ist nicht bekannt. Einen kommunalen Bericht, der die Armutssituation und -entwicklung darstellen würde und auch als Instrument zur Überprüfung und Anregung politischer Maßnahmen dienen könnte, gibt es bereits seit 15 Jahren nicht mehr.

DIE LINKE beantragte daher im städtischen Sozialausschuss, dass zukünftig regelmäßig ein solcher Bericht erstellt werden soll. Der Antrag wurde angenommen – allerdings setzte die Ampelkooperation durch, dass keine neuen Daten erhoben sondern lediglich vorhandene zusammengetragen und aufbereitet werden sollen. Sobald der erste Bericht vorliegt, werden wir die Ergebnisse im R(h)einblick veröffentlichen.



Armut? Welche Armut?

Foto: (CC BY-SA 2.0) flickr/Generation Grundeinkommen

Wohin der städtische Sparwahn führt

Die Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung haben sich dramatisch verschlechtert. Davon bleiben auch die Kultureinrichtungen nicht verschont. Im Zuge von Sparmaßnahmen geben in den Einrichtungen Unternehmensberater den Ton an und stellen die Anzahl der Beschäftigten und ihre vertragliche Grundlagen auf den Prüfstand. Zudem forciert Oberbürgermeister Geisel das Projekt „Verwaltung 2020“, welches beinhaltet, dass städtische Verwaltungsaufgaben in drei Jahren mit 20% weniger Stellen bewältigt werden sollen. Das führt zwangsläufig zu weiterer Überlastung bei den Beschäftigten. Schon heute sind über 1.100 Planstellen in der Stadtverwaltung nicht besetzt. Eine Anfrage der LINKEN im Kulturausschuss ergab, dass auch in den Kultureinrichtungen 53 Stellen unbesetzt sind. Dadurch steigt die Arbeitsbelastung der Beschäftigten – mittlerweile beläuft sich die Zahl der Überstunden auf fast 4.000. Die aktuelle Situation ist bereits problematisch, mit dem Projekt „Verwaltung 2020“ erwartet uns noch größeres Unheil.

Keine Tickets zweiter Klasse

Inzwischen ist die Digitalisierung in fast alle Bereiche des alltäglichen Seins eingedrungen. Davon bleibt der Öffentliche Nahverkehr auch nicht unberührt. Verkehrsbetriebe bieten digitale Fahrkarten in verschiedenen Varianten an und werben mit Vorteilen wie Preisnachlässen und einer höheren Flexibilität. Das digitale Wunderland ist auch nur an eine einzige Voraussetzung geknüpft: Kommunikationsmittel wie PC oder Smartphone mit Internetzugang. Genau darin liegt das Problem. Nicht alle NutzerInnen der Rheinbahn verfügen über solche Kommunikationsmittel. Daher kommen sie auch erst gar nicht in den Genuss der Vergünstigungen. Die Digitalisierung sollte aus unserer Sicht jedoch nicht dazu führen, dass eine Personengruppe von Vorteilen ausgeschlossen wird. DIE LINKE hat daher für die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses angefragt, ob die Rheinbahn plant, die Vorteile der digitalen Tickets allen Nutzerinnen und Nutzern zugänglich zu machen. Die Digitalisierung darf nicht zu einer Rheinbahnschen Klassenfahrt führen.

Barrierefreies Bauen

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie garantiert Menschen mit Behinderungen im Artikel 19 „Unabhängige Lebensführung“, dass sie „die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.“ Eine Voraussetzung dafür ist, dass es genügend barrierefreie Wohnungen gibt, die es ermöglichen, das Wahlrecht auszuüben. Barrierefreie Wohnungen nutzen Menschen mit Behinderungen, aber auch alte Menschen oder auch z.B. Familien mit kleinen Kindern. Im Wohnungsausschuss haben wir nachgefragt, wie viele barrierefreie Wohnungen die städtische Wohnungsgesellschaft im Bestand hat und wie viele in Zukunft gebaut werden sollen.

Wir haben erfahren, dass lediglich 2 % der Wohnungen, genau 176 barrierefrei sind. Die gute Nachricht ist, dass alle Neubauwohnungen entsprechend ausgestattet werden. Zurzeit befinden sich 82 Wohnungen im Bau. Weitere 123 sollen bis Ende 2018 fertiggestellt werden. Von den Anforderungen der UN-Konvention sind wir weit entfernt.

Spitzelei im Klassenzimmer

Die Türkei wird unter Erdogan immer mehr zu einer Diktatur. Dies hat Auswirkungen bis nach Düsseldorf. Mehrere tausend Spitzel sind laut Presseangaben in Deutschland aktiv, um jegliche Kritik an der Person Erdogans oder seiner Politik türkischen Behörden zu melden. Und auch vor Schulen macht diese Spitzelei nicht halt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen berichtete, dass die türkischen Konsulate, u.a. auch das Düsseldorfer, dazu auffordern, SchülerInnen und LehrerInnen zu melden, die sich kritisch zu Erdogan äußern. Auf Anfrage der LINKEN konnte die Stadtverwaltung dies für Düsseldorf im Moment nicht bestätigen. Immerhin. Laut Stadtverwaltung gibt auch keine Zusammenarbeit, Kontakte oder Treffen mit Vertretern von DiTIB, der deutschen Organisation der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet, die massive Lobbyarbeit für Erdogan betreibt und ebenso kritische Türklinnen bespitzelt und überwacht.

Entmündigung per Gesetz

Wohnsitzauflage für Flüchtlinge abschaffen

Im letzten Jahr wurde in Deutschland eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge eingeführt. Flüchtlinge müssen seitdem auch nach Erhalt des Schutzstatus in dem Bundesland bleiben, in dem sie das Asylverfahren durchlaufen haben. In Nordrhein-Westfalen beschloss die Landesregierung aus SPD und Grünen darüber hinaus, dass den Betroffenen sogar eine konkrete Kommune als Wohnort vorgeschrieben wird. DIE LINKE sowie der Flüchtlingsrat und andere Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese Regelung scharf, da sie eine massive Einschränkung der Wohnsitzwahl zur Folge hat und ein echtes Hindernis für die Integration ist.

Insbesondere in Düsseldorf zeigt sich, wie absurd die Wohnsitzauflage ist. Rund 7.500 geflüchtete Menschen sind aktuell in den Sammelunterkünften der Stadt untergebracht. Ein großer Teil von ihnen hat bereits das Asylverfahren durchlaufen, über die Hälfte ist nicht mehr verpflichtet in den Sammelunterkünften zu bleiben. Diese Menschen dürften in eine eigene Wohnung ziehen, finden aber aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Düsseldorf keine. In leerstehende Wohnungen in den umliegenden Städten dürfen sie wegen der Wohnsitzauflage allerdings auch nicht

ziehen. Damit sind sie gezwungen, in den Sammelunterkünften zu bleiben.

Das dauerhafte Leben in Sammelunterkünften ist unter anderem aufgrund der fehlenden Privatsphäre eine schwere Belastung. Deshalb wollen die mei-

So gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge zu zwölf in kleinen Zimmern mit nur einem einzigen Bad wohnen. Abgerechnet wird allerdings jeweils der Betrag für eine komplette Wohnung. Die besonders restriktive Umsetzung der Wohnsitzauf-



Noch eine der angenehmeren Sammelunterkünfte Foto: (CC BY-NC 2.0) flickr/Lhstadt Stuttgart

sten Flüchtlinge schnellstmöglich dort ausziehen. Durch Presseberichte wurde öffentlich, wie diese Situation Betrüger auf den Plan ruft: So lassen angebliche Vermieter sich z.B. zwei Monatsmieten überweisen, anschließend schicken sie die Flüchtlinge nur zu Scheinadressen. Dubiose Vermittler bieten zudem ihre Dienste an und verschwinden anschließend mit dem Geld. Ein anderes Problem sind überbezahlte Untervermietungen.

lage in Nordrhein-Westfalen ist eine Zumutung. Sie führt zu sozialer Isolation, behindert die Integration und nützt lediglich den Betrügern. Die Wahl des Lebensmittelpunktes sollte eine persönliche Entscheidung sein. DIE LINKE beantragte daher im Düsseldorf Stadtrat, dass die Landesregierung aufgefordert wird, diese unsinnige Regelung wieder abzuschaffen. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Das Ende der Waldschänke

Gemeinschaft für Profit eines Immobilienkonzerns geopfert



Warten auf den Abriß - für teure Wohnungen

Foto: R(h)einblick

„Am 29.03.2017 beginnt unser Partner, die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft, mit den Abbrucharbeiten der Waldschänke, um anschließend ein Mehrfamilienhaus mit fünf Wohnungen und drei Reihenhäuser auf dem Grundstück zu errichten“, diese Nachricht erhielten die Mitglieder der Bezirksvertretung 08 am 28. März von der Wogedo. Die Wogedo trägt in ihrem Logo die schönen Versprechen: „Wohnen, leben, zu Hause sein“. Zum „zu Hause sein“ gehörte die Waldschänke. Für deren Erhalt setzten sich über

1.100 Menschen ein. Sie war sozialer Mittelpunkt seit Gründung der Siedlung Freiheit.

1919 gründete Albert Schöndorff den Arbeiter-Bauverein „Freiheit“ aus dem später die Wogedo hervorging. Er begann mit dem Bau von 400 Häusern und der Waldschänke. 1938 wurde Schöndorff als Jude aus der Genossenschaft ausgeschlossen und 1942 im KZ umgebracht.

Die Siedlung Freiheit ist ein beeindruckendes Beispiel genossenschaftlicher Wohnungskultur, zu der die Waldschän-

ke als nicht zu ersetzender Mittelpunkt nachbarschaftlichen Lebens gehörte. Da die Siedlung satzungsgeschützt ist, lehnte die Bezirksvertretung 08 den Abbruch im September 2015 mit den Stimmen von CDU, Grüne und LINKE ab. Oberbürgermeister Geisel meinte, dadurch sei das Wohl der Stadt Düsseldorf gefährdet und legte Widerspruch ein. Eine neue Abstimmung in der Bezirksvertretung führte wieder zur Ablehnung des Abbruchs. Daraufhin brachte der Oberbürgermeister das Thema in den Rat und ließ dort abstimmen. Mit „großen Bauchschmerzen“ fielen die Grünen um und stimmten gemeinsam mit SPD und FDP in namentlicher Abstimmung für den Abbruch.

Seitdem kämpfen die Anwohner der Siedlung in einer Initiative gemeinsam mit dem Tennisclub „Freiheit“ für den Erhalt ihrer Waldschänke. Dieser Kampf ist jetzt verloren.

Auf dem Grundstück werden jetzt frei finanzierte teure Wohnungen inmitten der Siedlung Freiheit entstehen. Der Einsatz des Oberbürgermeisters für die Profitinteressen eines Immobilienkonzerns gegen die Interessen der dort lebenden Menschen war erfolgreich.

Auf Kosten des Personals

Düsseldorf spart sich kaputt

Seit Jahren kritisieren wir die Personalpolitik des Düsseldorfer Oberbürgermeisters. Das war zu Zeiten der Oberbürgermeister Erwin und Elbers so und hat sich auch unter Geisel nicht geändert.

Die Stellen in der Verwaltung werden nach einem Stellenplan besetzt. Hier ist festgeschrieben, welches Amt mit wie viel Personal ausgestattet wird. Der Stellenplan wurde seit Jahren nicht überarbeitet und entspricht in vielen Bereichen mit Sicherheit nicht mehr den Anforderungen, die an die Verwaltung gestellt werden. Über 1.100 ausgewiesene Stellen sind zurzeit nicht besetzt. Allerdings nicht weil die Stellen überflüssig geworden sind, sondern ausschließlich nur um Kosten zu sparen.

Geisel ist angetreten, die Strukturen der Verwaltung zu überprüfen, um sie effektiver zu machen, den heutigen Anforderungen anzupassen und dadurch Stellen einzusparen. Übrig geblieben ist allein die Vorgabe, Kosten zu minimieren. Eine Überprüfung der Anforderungen bzw. der Aufgaben ist nicht erfolgt. Dabei ist Düsseldorf eine rapide wachsende Stadt. Dementsprechend wird der Aufgabenbereich immer größer, da



Personaleinsparung: Der neue Mitarbeiter im Bürgerbüro Foto: (CC 0) pixabay/4dr14nqg

mehr Einwohnerinnen und Einwohner auch mehr Arbeit bedeuten. Das betrifft sowohl die Feuerwehr, als auch die Abwasserbearbeitung, das Jugendamt, die Sozialbehörden, das Meldeamt und viele weitere Einrichtungen. Sicher kann man mit entsprechender technischer Unterstützung und Umstrukturierung in einigen Bereichen punktuell auch mit weniger Personal auskommen, aber den Kontakt mit Menschen kann man nicht einem Computer überlassen. Umstrukturierung und Einführung verbesserter Software erfordert zunächst einmal

mehr Personaleinsatz. In dieser Situation das Personal um 20 % zu kürzen, ist sträflich und geht nur auf Kosten der Gesundheit des Personals und des Services gegenüber den EinwohnerInnen.

Deshalb stehen wir an der Seite des Personalrates der Verwaltung, der die Personalpolitik des Oberbürgermeisters heftig kritisiert und fordert, alle Stellen des Stellenplanes zu besetzen. Außerdem fordern wir eine Überarbeitung des Stellenplanes und eine verstärkte Ausbildung von jungen Menschen in der Verwaltung.

Asylrecht ernst nehmen

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung bei der UNHCR, der Flüchtlingsorganisation der UN, nachgefragt, wie sich die Situation für die Zivilbevölkerung in Afghanistan entwickelt hat. Die ausführliche und detaillierte Stellungnahme der UNHCR kommt in einem Satz zusammengefasst zu dem Schluss, dass sich die Sicherheit der Bevölkerung in allen Landesteilen massiv verschlechtert hat. Die Bundesregierung bleibt trotzdem bei ihrer Meinung, dass es in Afghanistan auch sichere Orte gibt. Sie hat angefangen, Geflüch-

tete nach Afghanistan abzuschicken.

Anfang des Jahres wurden auch aus Nordrhein-Westfalen Afghanen abgeschoben. Daraufhin gab es eine heftige Auseinandersetzung in der Landesregierung, die im Rücktritt der Flüchtlingsbeauftragten der Grünen gipfelte. Im Nachhinein ließen sich die Grünen durch die Zusicherung beruhigen, dass jeder Einzelfall geprüft wird. Das ist aber schon im Asylgesetz so geregelt und muss nicht noch mal betont werden. Die Aufregung der Grünen muss mit Skepsis aufgenommen werden,

denn ein wesentlicher Befürworter von Abschiebungen nach Afghanistan ist der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ein Grüner.

Zur Sitzung des Rates im Februar hatte DIE LINKE Ratsfraktion einen Antrag eingebracht. Wir beantragten, die NRW-Landesregierung aufzufordern, keine Abschiebungen mehr vorzunehmen und die Düsseldorfer Verwaltung zu verpflichten, bei Abschiebungen nach Afghanistan keine Hilfe zu leisten. Die Grünen waren im Prinzip mit dem Antrag einverstanden, sie wollten aber noch die Einschränkung, dass straffällig gewordene Flüchtlinge - auch bei geringen Vergehen - doch nach Afghanistan abgeschoben werden. Das heißt, selbst wenn Menschen nur ohne Fahrschein in Bus oder Bahn erwischt werden, können sie abgeschoben werden. Straftaten sind zu verfolgen, aber Menschen in eine Unsicherheit für Leib und Leben abzuschicken, ist menschenverachtend. Deswegen konnten wir dem Änderungsantrag, den die Grünen zusammen mit SPD und FDP eingebracht haben, nicht zustimmen. Aber zumindest hat sich der Düsseldorfer Rat mehrheitlich gegen die Abschiebungen ausgesprochen. Ohne den Antrag der LINKEN wäre das Thema gar nicht aufgegriffen worden.



Demonstration in Düsseldorf gegen Abschiebungen

Foto: © stay-düsseldorf

Die Unversicherten

Seit zehn Jahren besteht in Deutschland eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht. Kurze Zeit später wurde die Versicherungspflicht auf die private Krankenversicherung erweitert. Dennoch sind laut Statistischem Bundesamt rund 80.000 Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherungsschutz. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher, denn diese Statistik erfasst nicht Personen, die obdachlos sind oder keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. In Düsseldorf leben Schätzungen zufolge mehrere Tausend Menschen ohne Krankenversicherung. Ein fehlender Krankenversicherungsschutz führt dazu, dass die Betroffenen bei Gesundheitsproblemen auf Arztbesuche verzichten müssen und es infolge dessen häufig zu akuten Gesundheitsgefährdungen kommt. Diese Situation hat auch psychische Belastungen für die Betroffenen zur Folge.

DIE LINKE thematisiert die Probleme derjenigen, die durch das Raster des Gesundheitssystems fallen, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses. Wir fragen an, wie hoch die genaue Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung ist, welche Gründe dafür vorliegen und welche städtischen Hilfsangebote es für die Betroffenen gibt. Die Notwendigkeit einer medizinischen Versorgung macht nicht halt vor dem Versicherungsstatus.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Constantin Bachmayer,
Meikel Friebe, Anastasia Kordela,
Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

50.000

Jede Abschiebung ist eine zu viel

Niemand verlässt seine Umgebung und seine Liebsten freiwillig. In vielen Ecken der Welt herrscht Krieg, Hunger und Unterdrückung. Die Vereinten Nationen schätzen, dass weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Nur die Allerwenigsten, die sich zur Flucht entschließen, wollen überhaupt nach Europa oder gar nach Deutschland. Hier kommt nur ein Bruchteil der Geflüchteten an. Mit immer neuen Grenzsicherungen werden die Menschen gezwungen, immer neue und gefährlichere Wege zu suchen. Mehrere Tausend Menschen ertrinken jedes Jahr im Mittelmeer. Die Strapazen, die die Menschen auf sich nehmen, sind kaum vorstellbar. Hier angekommen sind sie der Bürokratie unterworfen und von Abschiebung betroffen. DIE LINKE Ratsfraktion fragt jährlich die Anzahl der Abschiebungen der kommunalen Ausländerbehörde ab. Im Jahr 2016 hat die Kommunale Ausländerbehörde 172 Personen abgeschoben, davon waren 115 Männer, 57 Frauen. Ein Drittel (60 Personen) der Abgeschobenen war minderjährig. Angeblich ist es nicht möglich, die Anzahl der Nachtabschiebungen anzugeben. Bei Nachtabschiebungen, holt das Ausländeramt mitten in der Nacht die Menschen aus den Betten. Genauso wenig soll angeblich der Ordnungs- und Sicherheitsdienst (OSD) an Abschiebungen beteiligt sein, obwohl im städtischen Haushalt dafür Mittel bereitstehen. Da wird DIE LINKE noch einmal gesondert nachfragen.

Grausame Experimente

Über die Qualen in Düsseldorfer Tierversuchslaboren

Der Zweck des Tierschutzgesetzes besteht darin, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Dadurch weist dieses Gesetz auf den ethisch begründeten Tierschutz hin. Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Artikel 20a des Grundgesetzes verankert. Damit ist es jedoch in Sachen Tierschutz noch lange nicht getan. Wer kennt sie nicht, die Bilder von wehrlosen Affen, Hunden, Mäusen und anderen Tieren, die in Käfigen dahingevegetieren und zu Versuchszwecken gequält werden? Wer hat in der Presse noch nicht über das Leid von Tieren in Tierversuchslaboren gelesen?

Die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Zahlen zeigen, dass rund drei Millionen Tiere pro Jahr in deutschen Tierversuchslaboren leiden müssen und eine große Anzahl von ihnen im Rahmen der durchgeführten Versuchsreihen stirbt. Laut des Vereins Ärzte gegen Tierversuche, der sich unter dem Motto „Medizinischer Fortschritt ist wichtig – Tierversuche sind der falsche Weg“ für eine tierversuchsfreie Medizin einsetzt, gibt es neben den offiziell erfassten Zahlen eine hohe Dunkelziffer: Während der Zucht und der sogenannten „Vorratshaltung“ werden viele „überschüssige Tiere“ getötet oder überleben den Transport und die Haltung erst gar nicht.

Im Bereich Tierversuche fordert DIE LINKE einen Paradigmenwechsel. Tierversuche müssen im Grundsatz verboten und nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. Kritische Mediziner belegen in Studien, dass die Ergebnisse aus Tierversuchen nicht auf den Menschen übertragbar sind. Alternative Testmethoden sind nachdrücklicher zu erforschen. Gefördert wird die tierversuchsfreie



Keine Versuche mit Tieren

Foto: © pixabay/ Alexas_Fotos

freie Forschung mit weniger als vier Millionen Euro pro Jahr. Verglichen mit den Milliarden, die in die tierexperimentelle Forschung fließen, eine lächerliche Summe.

Was genau hinter den verschlossenen Türen der Versuchslabore geschieht, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die Genehmigung für Tierversuche wird auf Landesebene geregelt, die städtische Einflussnahme ist daher begrenzt. Jedoch obliegt die Zuständigkeit für die Kontrollen der Tierversuchsanlagen dem städtischen Veterinäramt.

Auch in Düsseldorf gibt es mehrere Einrichtungen, an denen Tierversuche durchgeführt werden. Durch eine Anfrage der LINKEN im städtischen Umweltausschuss wurde öffentlich, dass in Düsseldorf Tierversuche an der „Zentralen Einrichtung für Tierforschung und

Tierschutzaufgaben der Heinrich-Heine-Universität (ZETT)“, an dem „Deutschen Diabetes-Zentrum“ und an dem „Leibniz Institut für Umweltmedizinische Forschung“ durchgeführt werden. Weiterhin wurde durch unserer Anfrage öffentlich, dass dort u.a. Mäuse, Meerschweinchen, Kaninchen, Schafe, Schweine und sogar Katzen, Hunde und Marmoset-Affen zu Versuchszwecken gehalten werden. Verschiedene Rechercheergebnisse haben gezeigt, dass alleine an der Tierversuchsanlage ZETT fast 40.000 Tiere innerhalb eines Jahres getötet wurden.

In den letzten fünf Jahren fanden in den oben genannten Einrichtungen nur 22 Kontrollen durch das städtische Veterinäramt statt. Verglichen mit der Anzahl der getöteten Tiere – ebenfalls lächerlich.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen müssen das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein